

Gerümpel

sind für Angela Merkel Gesetze, die Arbeitnehmer schützen sollen. Die CDU-Vorsitzende will das „Arbeitsrecht entrümpeln“. Das deutsche Arbeitsrecht wurde geschaffen, um die Arbeitnehmer vor Willkür und gesundheitlichen Schäden zu schützen, es enthält kein Gerümpel. Wer das Arbeitsrecht verändern will, sollte wissen, was das für die Menschen bedeutet.

CDU/CSU und FDP mit Angela Merkel an der Spitze wollen den Kündigungsschutz abbauen und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer einschränken. Einen Mindestlohn lehnen sie ab.

Deutschland braucht keine zerstörerischen Radikalkuren nach Merkel-Art.

Deutschland ist Exportweltmeister. Und als einziges führendes Industrieland haben wir unseren Anteil an ausgeführten Waren in den vergangenen fünf Jahren gesteigert – von 8,6 Prozent auf 10,1 Prozent aller weltweiten Exporte. Deutsche Produkte sind konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt – trotz hoher Löhne.

Damit Deutschland konkurrenzfähig bleibt, müssen wir viel Geld für Bildung und Forschung ausgeben. Wir brauchen gut ausgebildete Arbeitnehmer und Wissenschaftler mit hervorragenden Ideen. Die von der SPD geführte Bundesregierung hat die Ausgaben für Bildung und Forschung um 37,5 % gesteigert. Erfolge dieser Politik sind sichtbar: Die deutschen Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt stiegen von 1998 bis 2004 um 43 Prozent. Die Zahl der Studienanfänger eines Jahrgangs erhöhte sich im selben Zeitraum von knapp 28 auf rund 38 Prozent.

CDU/CSU und FDP unterwerfen sich der Wirtschaft. Angela Merkel glaubt: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, stimmt auch die soziale Komponente.“

Die Realität sieht anders aus: Die Deutsche Bank erzielte Rekordgewinne und baut trotzdem weltweit 6.400 Stellen ab. Die Grohe AG war einst ein gesundes deutsches Unternehmen, Weltmarktführer bei Sanitärarmaturen; es wurde von Finanzinvestoren ausgeplündert, die Niederlassung im brandenburgischen Herzberg wurde platt gemacht und auch an anderen deutschen Standorten verloren Hunderte ihren Arbeitsplatz. Das sind keine Einzelfälle, nur zwei Beispiele von vielen.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da – es darf nicht umgekehrt sein. Das haben CDU/CSU und FDP nicht begriffen.

Einladung 1:

Die Bundestagsfraktion der SPD
vor Ort mit:

Renate Schmidt

Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Siegfried Scheffler

Bundestagsabgeordneter für den
Bezirk Treptow-Köpenick

**Am Dienstag, 23. August 2005,
18.30 Uhr, im Bräustübl,
Müggelseedamm 164.**

Einladung 2:

**Vom Arbeiterbildungsverein zur
Volkspartei**

**Auf den Spuren der SPD
in Friedrichshagen**

Claus-Dieter Sprink,
Leiter des Heimatmuseums Köpenick,
führt durch Friedrichshagen.

**Am Sonntag, 28. August 2005,
11.00 Uhr, Treffpunkt:
S-Bahnhof, Ausgang Kurpark.**

Ihre

SPD
Friedrichshagen